

Ostbevern, den 24. 3. 09

## **Resolution**

### **für einen gemeinsamen Termin von NRW-Kommunal- und Bundestagswahl**

Die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern beantragt für die heutige Sitzung des Gemeinderates den oben genannten Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen und folgenden Beschluss herbeizuführen:

**"Der Rat der Gemeinde Ostbevern fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, die in diesem Jahr anstehende NRW-Kommunalwahl gemeinsam mit der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 durchzuführen.**

## Begründung:

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Urteil vom 18. Februar 2009 die gesetzlich geregelte Vorverlegung der Kommunalwahl auf den Tag der Direktwahl zum 7. Europäischen Parlament am 07. Juni 2009 als "mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar und nichtig" und deshalb für "verfassungswidrig" erklärt. Die Zusammenlegung hätte zu einem fast 20-wöchigen Nebeneinander alter und neuer Mandatsträger/innen geführt, da die Amtszeit der Landrätinnen/Landräte, Bürgermeisterinnen/Bürgermeister und der Räte in Kreistagen, Städten und Gemeinden erst im Oktober dieses Jahres endet.

Das NRW-Innenministerium hat noch am Tag der Urteilsverkündung, in Abstimmung mit der Staatskanzlei, einen neuen, gesonderten Wahltermin für den 30. August 2009 festgesetzt.

Ein zusätzlicher Wahltermin kostet landesweit zusätzlich, wie vom Bund der Steuerzahler publiziert, über 40 Millionen Euro. Neben diesen Mehrkosten entsteht ein erheblicher Mehraufwand in den Kreisen und Kommunen. Die Probleme, ehrenamtliche Wahlhelfer/innen zu gewinnen, werden sich deutlich vergrößern und die Belastungen der Wahlvorstände bei den zwei Wahlterminen in kurzer Folge sind unverhältnismäßig. Schon jetzt erweist sich die notwendige personelle Besetzung als schwierig.

Deshalb wäre es sinnvoll, die NRW-Kommunalwahl mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 zusammenzulegen. So können Wahltermine reduziert, kann die Wahlbeteiligung erhöht und der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden und es können die Wahlkosten gesenkt werden.